Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Reinhold. Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 66.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Von der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklameperitzeile für Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 300 Pfg., sonst 350 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Text kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 281. Sonnabend, den 4. Dezember 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Wie der Matin meldet, ist die deutsche Regierung von der französischen zu Besprechungen über die Erneuerung des Spaer Abkommens eingeladen worden. Wie verlautet, sollen die Besprechungen in der nächsten Woche in Paris ihren Anfang nehmen.

•

Als neues Mitglied wurde in die Sozialisierungskommission der demokratische Gewerkschaftsführer Hartmann vom Verbande deutscher Gewerkschaften (Hirsch-Duncker) berufen.

•

Die Deutsche Luftreederei wird zwei neue Linien für den Luftpostdienst einrichten, und zwar eine zwischen Dresden und Leipzig und die andere zwischen Dresden und Berlin.

•

Die Kosten der Sozialisierungskommission belaufen sich im Geschäftsjahr 1920 auf 700 000 Mark. Die Kommission umfaßt zurzeit etwa 30 Mitglieder.

•

Der Völkerbund lehnte eine Abänderung des Völkerbundspaktes ab und sprach sich gegen eine Revision des Versailler Vertrags aus.

Lagebericht statt Reformprogramm

Bei der zweiten Lesung des Haushaltplanes im deutschen Reichstag hat Wirtschaftsminister Dr. Scholz einen Lagebericht gegeben und gemäß seiner programmatischen Erklärung vom 20. November darauf verzichtet, ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm zu entwickeln. Dr. Scholz hat aber immerhin einiges aufgezählt, was teils bereits unternommen ist, teils aber noch der Ausführung harrt. Der Minister sprach von der Ansiedelung neuer Bergarbeiter in den Kohlenrevieren, wodurch es gelungen ist, die Belegschaft um 70000 Arbeitskräfte zu erhöhen. Zurzeit wird an Unterkünften für weitere 400 000 Bergarbeiterfamilien gebaut. Weiter erklärte Dr. Scholz eine weitgehende Rationierung unserer Industrie für notwendig. Es leuchtet ein, daß bei beschränkter Einfuhrmöglichkeit von Rohstoffen und Nahrungsmitteln eine wirkliche Freiheit in der Versorgung nicht besteht, und daß die Schwierigkeiten, die die deutsche Produktion und der Absatz der deutschen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt begegnen, zu äußerster Wirtschaftlichkeit zwingen. Der Reichswirtschaftsminister bekannte sich weiter als persönlicher Anhänger des wirtschaftlichen Dienstjahres und deutete damit an, daß im Kabinett diese Frage mindestens noch nicht entschieden ist, vielleicht aber sogar ausdrücklichen Widerspruch gefunden hat. Was sonst noch von Dr. Scholz vorgebracht wurde, war eine Bekanntgabe der letzten Ziffern über Kohlenförderung und Verkehrsnot, sowie Hinweise auf die geplante Verkehrsverteuerung und den Unterbau des Reichswirtschaftsrates. Das Bekenntnis zu einer einheitlichen Regelung der gesamten heimischen Wirtschaftspolitik blieb platonisch.

Selbst in wirtschaftspolitischen Sachverständigenkreisen besteht vielfach die Anschauung, daß eine Wirtschaftsreform großen Stils nicht möglich sei. Man gefällt sich geradezu darin, die Lage für so hoffnungslos zu halten, daß wir nicht einmal etwas Ernstliches gegen den weiteren Verfall unserer Wirtschaft und unserer öffentlichen Finanzen zu unternehmen vermöchten. Man spricht resigniert von einem Hüpfen von Kompromiß zu Kompromiß und orakelt allerlei von einer Genesung, die sich erst allmählich durchsetzen könne. Sieht man näher zu, so ist dies seltsame Gemisch von Hoffnungslosigkeit und blindem Vertrauen auf eine wunderbare Rettung bei vielen eine Art Müdigkeit, bei anderen aber ein Ausfluß der Scheu davor, von Sonderinteressen etwas zu opfern. Es ist überaus einfach, bei allen Lösungen, die einzelnen Personen oder Erwerbszweigen Verzichte zumuten, zu erklären: Es geht nicht. Um Zeit zu gewinnen, läßt man Zeit verstreichen. Wenn die Wirtschaft wirklich nur aus sich selbst heraus gesunden könnte, wie man dies so hübsch sagt, so hätte es ja auch keinen Zweck, sich mit der Reform von Teilgebieten zu befassen. Daß man überhaupt versucht, und zwar unter Teilnahme öffentlicher Organe und beteiligter Kreise, die Kohlenfrage zu lösen und sich von der heute mehr als je spekulativen Weltmarkt-Produktion der Bedarfsproduktion anzunähern, ist doch ein Beweis dafür, daß man sich von dem Reformplane etwas verspricht. Niemand leugnet, daß die verschiedenen dringenden Nöte eng zusammenhängen. Die Kohlenreform ist nur ein Teil der allgemeinen Wirtschaftsreform, zu der auch die Ernährungspolitik und die Heilung unserer Finanzen gehören. Und doch soll die Aufgabe als Ganzes unlösbar sein? Reformvorschläge auf einzelnen Gebieten begegnen stets einer überwältigenden Opposition, in der sich Radikale rechts und links mit Anhängern der Mitte zusammenfinden. Jeder vergebliche Anlauf aber bedeutet eine Entwertung des großen Reformgedankens, der doch einmal einheitlich in Angriff genommen werden muß. Was soll geschehen, wenn auch die aussichtsreichen Verhandlungen des Vierzehner-Ausschusses sich als vergeblicher Anlauf herausgestellt haben werden, und wenn das große Vakuum eintritt, in dem niemand mehr etwas vorzuschlagen hat?

Dr. Croll.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

In Nürnberg begann gestern der dritte Parteitag der Deutschen Volkspartei. Es sind etwa 900 Delegierte erschienen. Die drei Hauptpunkte der Tagesordnung betreffen die politische Lage, den Friedensvertrag und die Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes Abg. Dr. Stresemann eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Ansprache, in der er die Vertreter Deutschösterreichs willkommen hieß und die er mit einem dreifachen Hoch auf Reich und Vaterland schloß. Der zum Vorsitzenden des Parteitages erwählte Geh. Rat Dr. Kahl ermahnte zur Einigkeit. Zu weiteren Parteivorsitzenden wurden gewählt Staatsminister a. D. von Krause, Frau Julie Bassermann und der zweite Vorsitzende des bayrischen Landesverbandes der Deutschen Volkspartei Geh. Rat Sachs. Nach weiteren Begrüßungen überbrachte Nationalrat Dr. Straffner-Innsbruck die Grüße der Reichsparteileitung der Großdeutschen Volkspartei Deutschösterreichs.

Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann

sprach dann über die politische Lage. Scharf wies er die Vorwürfe der Deutschnationalen zurück, daß sie nicht zur Regierungsbildung mit herangezogen worden wären, und wies darauf hin, daß das Zentrum eine Mitwirkung der Deutschnationalen rundweg abgelehnt habe. Dann behandelte Stresemann

die Stellung zum Sozialismus

Wir fordern den nationalen, christlichen, freiheitlichen Staat. Die sieghafte Idee des Sozialismus ist verlorengegangen, zerschellt an inneren Widersprüchen. Die Schuld des Bürgertums ist es, daß es der Idee des Sozialismus nicht eine gleichgroße Idee entgegenstellte, sondern glaubte, diese Idee mit Gewalt niederzuschlagen. Das Staatsinteresse erfordert, daß der Sozialismus nicht in negativen Radikalismus ausartet. Auch die sozialistischen Massen sind innerlich national gesinnt. Sie dürsten nach sachlicher positiver Arbeit. Diesen Massen die Hand zu bieten, müssen wir jederzeit bereit sein. Einen Anspruch auf Vorherrschaft der Sozialdemokratie lehnen wir ganz entschieden ab. In Deutschland führt nicht die Sozialdemokratie, sondern das Bürgertum.

Sodann ging Stresemann zur Erörterung der wichtigsten Gegenwartsfrage über. Den Vorwurf der Zwiespältigkeit in der Stellung der Partei zur Staatsform wies er entschieden zurück. Die Monarchie darf nur wiederkommen, gerufen vom Willen des Volkes! Die Deutsche Volkspartei bekennt sich zur Reichseinheit, aber in der Frage der Aufrechterhaltung des ungeteilten Preußens gibt es für uns kein Kompromiß. Heute ist über die Konfessionen hinaus die Einheit aller nationalen und christlichen Volkskreise ein Gebot der Stunde. Einen Kulturkampf werden wir daher mit allen Mitteln verhindern. Die Produktion der Landwirtschaft muß gesteigert werden. Die Mammutorganisationen vieler Behörden müßten abgebaut werden. Das Dogma des Achtstundentages lehnen wir ab. Vom Reichskanzler verlangen wir, daß er seine Kampfansage gegen den Kommunismus auswirken läßt in der Gesetzgebung. Die Revision des Versailler Friedensvertrages muß in den Mittelpunkt einer zielbewußten Propaganda bei der Regierung gestellt werden.

Dem Völkerbund beizutreten, hat Deutschland keinen Anlaß. Ohne Amerika, Rußland und Deutschland gibt es keinen wahren Völkerbund; nur einer Arbeitsgemeinschaft aller Völker zur Beseitigung des wirtschaftlichen Chaos durch weltwirtschaftliche Gemeinsamkeit wollen wir angehören. Dr. Stresemann schloß seine Rede mit dem Hinweis, daß nur der Glaube an die Zukunft und Arbeit uns in die Höhe bringen könne.

Arbeitslosigkeit und Arbeitssabotage.

In verschiedenen Handelsblättern lesen wir Folgendes, das nach von uns eingezogenen Erkundigungen den Tatsachen entspricht: Ein großer Betrieb der Textilbranche im Erzgebirge blieb in seiner Abteilung Weberei längere Zeit wegen einer Dampfmaschinenreparatur, die weit längere Zeit beanspruchte als vorausgesehen war, in der Erzeugung zurück und der Betrieb hat während der Reparaturzeit in dieser Abteilung verkürzt gearbeitet. Die Firma hatte wegen der versäumten Lieferungsfrist bereits empfindlichen Schaden erlitten. Um weiterem Schaden vorzubeugen und auch, um der Arbeiterschaft Ersatz für den ausgefallenen Lohn zu verschaffen, beschloß die Firma nach vorheriger Verabredung mit dem Betriebsrat und in vollem, durch Abstimmung herbeigeführten Einvernehmen mit der Arbeiterschaft, vorübergehend neunstündig zu arbeiten. Natürlich sollte die neunte Arbeitsstunde nicht als Ueberstunde, sondern als Normalstunde bezahlt werden. Diese im beiderseitigen Interesse liegende Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und der Arbeiterschaft wurde von der Volkszeitung für Südwestsachsen und durch die Gewerkschaft gesprengt. Die genannte Zeitung brachte folgende Notiz:

Ein Unternehmer, dem die Gesetze Luft sind!

Bei der Firma Wolle in Aue beginnt ab heute, Montag, wieder die neunstündige Arbeitszeit für die Arbeiterinnen. Die Betriebsleitung hat sie, ohne irgendwie mit dem Betriebsrat Rücksprache zu nehmen, angeordnet, und die Arbeiterinnen sind bedauerlicherweise bereit, sich dieser Diktatur des Unternehmers zu beugen. Wir erwarten aber, daß die übrige Arbeiterschaft den saubren Plan des Profitjägers zunichte macht. Es muß ihm deutlich bewiesen werden, daß zunächst noch der Achtstundentag gesetzlich besteht und daß er auch für die Firma S. Wolle in Aue gilt. Es ist ein Skandal, daß in der Zeit der denkbar größten Arbeitslosigkeit die Unternehmer dazu übergehen, eine noch längere Arbeitszeit einzuführen. Diese rücksichtslose Machination muß mit allen Mitteln hintertrieben werden.

Die Gewerkschaft Thalheim des Deutschen Textilarbeiterverbandes erhob Einspruch gegen diese Vereinbarung, versammelte die beteiligten Arbeitnehmer außerhalb und der Erfolg dieser Versammlung war, daß dieselben Leute, die in ihrer eigenen Betriebsversammlung fast geschlossen für die neunstündige Arbeitszeit gestimmt hatten, einstimmig sich für sofortige Wiedereinstellung dieser neunstündigen Arbeitszeit erklärten. Diesem Beispiele des Terrors einer besonderen Arbeiterschaft, die im wohlverstandenen eigenen Interesse gern bereit war, ihre wirtschaftliche Lage etwas zu verbessern und dem Beispiel der Verhetzung und der Störung des Einvernehmens zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber weitere Worte hinzuzufügen, ist überflüssig.

Kleine politische Meldungen.

Ein kleiner Kreuzer — die neue deutsche Marine. Bei der Beratung über den Bau eines neuen Kreuzers im Hauptausschuß wiesen der Reichswehrminister und die bürgerlichen Parteien im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteien darauf hin, daß, wenn man überhaupt eine Marine haben wolle, doch zum mindesten der Rahmen erhalten werden müsse, den uns der Friedensvertrag noch gelassen habe. Hierauf bewilligte der Hauptausschuß als erste Rate für den Bau eines kleinen Kreuzers 25 Millionen Mark. Damit ist der Marinehaushalt erledigt.

Die Besteuerung der kleinen Einkommen. Wie mitgeteilt wird, ist eine von den Linksparteien angeregte Novelle zum Einkommensteuergesetz in Vorbereitung, durch die das abzugsfähige Einkommen von 1500 auf 3000 ℳ festgesetzt und die kleinen Einkommen zwischen 10 000 und 20 000 Mark weniger stark herangezogen werden sollen wie bisher.

Der Ausnahmezustand in Bayern bleibt. In der letzten Sitzung des bayrischen Landtages wurden die von den Unabhängigen und Sozialdemokraten gestellten Anträge auf Aufhebung des Ausnahmezustandes und Außerkraftsetzung der Volksgerichte mit allen Stimmen gegen die der Bürgerlichen abgelehnt. Ein Initiativantrag der Unabhängigen, betreffend Amnestie für politische Vergehen, wurde ebenfalls mit allen gegen die sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Arbeitsverluste durch Streiks. Nach einer Streikstatistik gingen im Jahre 1917 in Deutschland rund 900000 Arbeitstage durch Streik verloren. Im Jahre 1918 waren es schon 4.9 Millionen und im Jahre 1919 ergab sich die ungeheuere Zahl von 43,6 Millionen Arbeitstagen, die durch Streik verloren gingen. Millionenwerte gingen dabei zugrunde. Wo bleibt das Schlichtungsgesetz?

Ein Bund demokratischer Handwerker und Gewerbetreibender hat sich in Berlin nach Vorträgen der Reichstagsabgeordneten Keinath und Obermeister Kniest gebildet. Seine Hauptaufgabe soll darin bestehen, auf dem Boden der demokratischen Partei die Interessen der ihm angeschlossenen Volkskreise wahrzunehmen und aufklärend zu wirken. An die Spitze des Bundes ist der Obermeister Köhnke getreten.

Hilfe für die zurückgekehrten deutschen Kriegsgefangenen. Von deutschnationaler Seite ist im Reichstage der Antrag gestellt worden, die Reichsregierung zu ersuchen, den zurückgekehrten deutschen Kriegsgefangenen diejenigen Schulden und Unkosten zu ersetzen, die ihnen zur Durchführung der Flucht oder zur Fristung ihres Lebens erwachsen sind.

Die holländische Regierung über den Kaiser. Wie die Amsterdamer Blätter melden, erklärte der Minister Ruys de Beerenbrouck in der Kammer: Die Regierung hätte es viel lieber gesehen, wenn die Hohenzollern nicht nach den Niederlanden gekommen wären. Die beiden fürstlichen Flüchtlinge hätten bisher eine korrekte Haltung gezeigt. Wenn in dieser Haltung eine Aenderung eintreten sollte, so würde die Regierung ihre Pflicht tun. Er sei überzeugt, daß zwischen dem Kronprinzen und einer bestimmten Partei in Deutschland keine Verbindung bestehe.

Das französisch-belgische Uebereinkommen genügt nicht. In der belgischen Kammer erklärte sich der Führer der Katholiken, Woeste, gegen eine Herabsetzung der Militärdienstzeit auf sechs Monate, da das französisch-belgische Uebereinkommen, so gut es auch sei, keine Bürgschaft biete. Er wünsche die Beteiligung Englands an diesem Uebereinkommen, ebenso Hollands. Erst dann, sagte der Redner, sind wir unbesiegbar, und können uns mit Nutzen mit der Herabsetzung der Dienstzeit befassen.

Scharfer sozialistischer Vorstoß gegen die Kommunisten. In der holländischen Zweiten Kammer sprach sich ein Redner der sozialdemokratischen Partei, der Abgeordnete Troelstra, in auffallend scharfer Weise gegen die kommunistische Partei und ihre Lehren aus. Er erklärte, die sogen. Diktatur des Proletariats ist die Diktatur des einzelnen Menschen über das Proletariat. Die elementarste Freiheit für die Arbeiter [illegible] kein derartiges System kann